

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

10. Sitzung
13. Juni 2022

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 11.56 Uhr
Vorsitz: Christian Gräff (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Christian Gräff: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0086](#)
Landespflegeausschuss: Umsetzungsstand bei der GesPflGleich
Beteiligung pflegender Angehöriger
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich freue mich, hierzu die Anzuhörenden begrüßen zu können: Frau Anke Buchholtz-Gorke, fachliche Leitung Bereich Pflege im Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung, SELKO – Verein zur Förderung von Selbsthilfe Kontaktstellen e. V. Sie sind per Video zugeschaltet. Sodann Frau Anne Kaeks, Leiterin der AOK Pflege Akademie, sie ist ebenfalls per Video zugeschaltet. Ich begrüße Frau Sonja Kemnitz, Besitzerin im Vorstand des Landesverbandes Berlin wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V. Sie ist vor Ort anwesend – herzlich willkommen auch Ihnen! Herr Jochen Springborn ist pflegender Angehöriger und auch per Videozuschaltung dabei. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben! Frau Mara Rick ist hier vor Ort anwesend, sie ist Leiterin des Projekts „Pflege in Not“ des Diakonischen Werks Berlin Stadtmitte e. V. Ihnen auch herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Gibt es Begründungsbedarf des Besprechungspunktes? – Bitte schön, Herr Kollege Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch wir freuen uns, dass die pflegenden Angehörigen heute im Mittelpunkt der Sitzung stehen und wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie die Expertise dieser Expertinnen und Experten, dieser extrem großen Gruppe von Menschen, deren Tätigkeit leider immer im Verborgenen bleibt und gar nicht so sehr im Mittelpunkt unserer Gesellschaft steht, in den Landespflegeausschuss gelangen kann, damit auch ihre Sichtweise, ihre Kenntnisse aus der alltäglichen Pflegearbeit in die Beratungen des Pflegeausschusses gelangen können und so Teil der Pflegepolitik im Land Berlin werden können. Wir freuen uns auf die Anhörung, auf Ihre Expertise. Vielen Dank, dass Sie da sind!

Vorsitzender Christian Gräff: Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Gut, dann wäre mein Vorschlag, dass wir zunächst mit denjenigen beginnen, die per Video zugeschaltet sind. Ich würde Frau Buchholtz-Gorke von SELKO e. V. bitten, zu beginnen. Ich würde darauf achten, dass es fünf Minuten sind, damit wir noch Zeit für eine, vielleicht auch für zwei Fragerunden haben. Ich bitte Sie also, ein bisschen darauf zu achten, dass es bei jedem ungefähr fünf Minuten sind. Herzlichen Dank dafür! – Frau Buchholtz-Gorke, Sie haben das Wort!

Anke Buchholtz-Gorke (SELKO e. V) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung! Als Projektleitung des Kompetenzzentrums Pflegeunterstützung vertrete ich

hier SELKO, den Verein zur Förderung von Selbsthilfe Kontaktstellen e. V. Ich möchte die Gelegenheit heute gerne nutzen und den Fokus auf die in der Pflegeselbsthilfe engagierten pflegenden Angehörigen richten.

Pflegende Angehörige tragen eine große Last, eine große Verantwortung und sind zu einer unverzichtbaren Säule in der häuslichen Pflege geworden. Sie verfügen über ein umfangreiches Erfahrungswissen an den Schnittstellen des Pflegealltags zur professionellen Versorgung. Dieses sollte genutzt werden, und daher begrüßen wir es sehr, dass die Beteiligung pflegender Angehöriger im Landespflegeausschuss konkret in den Blick genommen wird. Es gibt in Berlin eine große Anzahl pflegender Angehöriger, die sich in den Selbsthilfegruppen für Pflegende engagieren, welche von den Kontaktstellen PflegeEngagement in den Bezirken unterstützt werden. Nur um Ihnen mal eine Größenordnung zu nennen: In den vergangenen Jahren trafen sich jährlich etwa 1 600 bis 2 000 pflegende Angehörige in über 200 Angehörigengruppen in den Kontaktstellen PflegeEngagement.

Die gesundheitsbezogene Selbsthilfe hat in Berlin eine jahrzehntelange Tradition, und die Pflegeselbsthilfe kann natürlich nicht losgelöst hiervon betrachtet werden. Es geht um die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben und eine selbstbestimmte Pflege zu Hause. Pflegende Angehörige müssen entlastet und pflegebedürftige Menschen unterstützt werden, damit sie so lange wie möglich zu Hause in den eigenen vier Wänden, in ihrem Kiez leben bleiben können.

Seit zwölf Jahren unterstützen die Kontaktstellen PflegeEngagement pflegende Angehörige in den Bezirken. Sie sind die regionalen Kristallisationspunkte der Pflegeselbsthilfe. Wie gesagt, etwa 1 600 bis 2 000 Pflegende treffen sich jährlich in über 200 Angehörigengruppen in den Kontaktstellen. Das ist eine große Zahl, insbesondere vor dem Hintergrund, dass pflegende Angehörige tatsächlich schwer zu erreichen sind. Die Mehrzahl der Pflegenden ist auch nicht in Vereinen oder Interessenverbänden organisiert. Der Hintergrund dafür ist folgender: Die extremen Belastungen und Anforderungen im Pflegealltag lassen vielen pflegenden Angehörigen einfach keine Kraft oder Zeit mehr für eine aktive, übergeordnete Interessenvertretung. Ihr Alltag ist mit Betreuung, Versorgung und dem Sich-Kümmern um die pflegebedürftige Person bis an den Rand gefüllt. Oft ist es so, dass sich Angehörige erst dann in der Lage sehen, ihre Interessen übergeordnet zu vertreten, wenn die Pflegesituation beendet ist oder eine stationäre oder teilstationäre Versorgung für Entlastung sorgt. Wir wissen von den pflegenden Angehörigen bei den Kontaktstellen PflegeEngagement, dass sie in die Gruppen gehen, wenn sie einfach nicht mehr weiterwissen, wenn sie erschöpft sind, ihre Sorgen mit anderen, gleichermaßen Betroffenen besprechen und ihre Erfahrungen austauschen möchten.

Im Mittelpunkt steht also zunächst die psychosoziale Entlastung und Stärkung, um den Pflegealltag weiterhin stemmen zu können. Die Angehörigen profitieren gegenseitig von ihrem Wissen über Krankheits- und Pflege Themen und ihren Kenntnissen über Entlastungsmöglichkeiten im Rahmen der Pflegeversicherung. Sie werden zu Experten in eigener Sache. Hierbei unterstützen wir sie und haben das Ohr sozusagen am Puls der pflegenden Angehörigen. Wir sind im Dialog mit ihnen und erfahren direkt von den pflegenden Angehörigen ihre Probleme und Bedarfe in der Pflegesituation und auch davon, was ihren Pflegealltag erleichtern würde. Daher sehen wir unsere Aufgabe als SELKO neben dem großen Spektrum von Betroffenen- und Angehörigenorganisation in der Pflege insbesondere darin, die Anliegen unabhängiger pflegender Angehöriger zu bündeln und dabei zu helfen, ihnen Gehör zu verschaffen. Grund-

lage und Legitimation hierfür ist unser direkter Kontakt zu den Gruppen und zu den vielen pflegenden Angehörigen.

Berlin hat bereits umfangreiche Strukturen zur Unterstützung und Entlastung aufgebaut. Aus Sicht pflegender Angehöriger gibt es aber etliche Punkte, an denen noch dringend nachjustiert werden müsste. Hiervon möchte ich nur drei nennen. Wir hören von vielen Pflegenden, dass es gerade zu Beginn einer Pflegesituation niedrigschwellige, leicht auffindbare Informations- und Beratungsangebote braucht, die zum Beispiel auch Pflegenden mit Migrationshintergrund einen leichteren Zugang bieten. Es braucht gute Lotsen, die den Weg aufzeigen können. Bei zunehmendem Pflegebedarf und zunehmender Dauer der Pflegesituation verschärft der Fachkräftemangel den häuslichen Pflegealltag. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Leider stehen auch Kurzzeitpflegeplätze nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Die Mehrzahl der Pflegenden sind Frauen, und gerade berufstätige pflegende Frauen fordern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Auch die Vermeidung von Altersarmut ist hier kein seltenes Thema. Und schließlich: Corona hat gezeigt, dass digitale Kompetenzen für pflegende Angehörige immer wichtiger werden, um gegebenenfalls Gruppentreffen auch online durchführen und miteinander in Kontakt bleiben zu können.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Pflegende Angehörige sind wichtige Akteure und können bei sektorenübergreifenden Problemen in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in der Häuslichkeit ihre Expertise einbringen. Daher begrüßen wir es sehr, dass pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf bei Überlegungen zur pflegerischen Versorgung Berlins stärker einbezogen werden sollen. In Vertretung von SELKO e. V. und im Rahmen der Pflegeselbsthilfe können wir die unabhängigen pflegenden Angehörigen dabei unterstützen, ihre Expertise einzubringen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank, Frau Buchholtz-Gorke! Ich glaube, das war nicht nur präzise in der Zeit, sondern auch in der Sache. Ganz herzlichen Dank! – Dann würde ich Frau Kaeks, die Leiterin der AOK Pflege Akademie, um ihren Beitrag bitten. Bitte schön!

Anne Kaeks (AOK Pflege Akademie) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Anne Kaeks. Ich bin Leiterin der AOK Pflege Akademie, gelernte Krankenschwester, habe selber zehn Jahre in der Pflege gearbeitet und bin dann zur AOK Nordost gegangen – ich bin studierte Gesundheitsmanagerin –, wo ich die 2016 gegründete Pflege Akademie unterstütze. Dort werden gezielt Angebote für pflegende Angehörige unter einem virtuellen Dach zusammengefasst. Da diese Unterstützung – –

Vorsitzender Christian Gräff: Frau Kaeks! Ein Hinweis: Ich glaube, es wäre besser, wenn Sie Ihr Bild ausschalten würden. Dann würden wir Sie zumindest gut hören. Die Qualität ist relativ schlecht. – Ja, wunderbar, probieren Sie es doch gerne noch einmal!

Anne Kaeks (AOK Pflege Akademie) [zugeschaltet]: Ich fange noch mal kurz bei der AOK Pflege Akademie an, wo wir Angebote gezielt unter einem virtuellen Dach zusammenfassen, weil wir als Pflegekasse auf gesetzlicher Grundlage für pflegende Angehörige einiges zur Unterstützung anbieten. Ein großes Programm ist unter anderem „Pflege in Familien fördern“, kurz PfiFf genannt. Einigen ist das vielleicht schon bekannt. Wir bieten das einvernehmlich mit allen Kassen gemeinsam an. Es ist sehr niedrigschwellig im Zugang für pflegende Ange-

hörige. Derzeit ist die Pflegezeit in der Häuslichkeit sehr hoch. Sie besteht durchschnittlich ca. zehn Jahre. Als Zahlen habe ich Ihnen aus der AOK Nordost mitgebracht, dass derzeit ca. 82 Prozent in der Häuslichkeit versorgt werden, davon 18 Prozent mit einem ambulanten Pflegedienst.

Wie schon gesagt, es besteht eine gesetzliche Grundlage, auch ein Anspruch auf einen Pflegekurs, welcher die häusliche Situation in der Pflege stabilisieren soll. Es besteht für jeden die Möglichkeit, daran teilzunehmen, egal ob eine aktuelle Pflegesituation besteht oder eine solche erst in Aussicht steht. Es können pflegende An- und Zugehörige teilnehmen, aber auch Ehrenamtliche.

Die Umsetzung der Pflegekurse findet seit 2015 in Berlin statt, derzeit in Kooperation mit 14 Krankenhäusern. Wir haben bisher 1 900 pflegende Angehörige in über 260 Pflegekursen erreicht. Auch ein Herzensstück von uns ist, dass wir die Pflegekurse kultursensibel anbieten, zum Teil mit eigenen Pfiff- Pflegefachkräften, die das sozusagen mitbringen. Wir bieten die Kurse aber auch mit den interkulturellen BrückenbauerInnen an.

In den Pflegekursen wird die praktische Pflege vermittelt. Dadurch wird Sicherheit in der täglichen Pflege gewonnen, aber auch Prävention betrieben in dem Sinne, dass zum Beispiel rückenschonendes Lagern gezeigt wird, aber auch andere Dinge vermittelt werden, um die Sicherheit in der täglichen Pflege zu erlangen. Es wird die Vermittlung zu Unterstützungs- und Entlastungsangeboten wie Selbsthilfegruppen angeboten, aber auch die Beratung in den Pflegestützpunkten wird vermittelt. Es findet ein Austausch der pflegenden Angehörigen im Sinne der Selbsthilfe statt. Schlussendlich können wir sagen, dass die pflegenden Angehörigen sehr zufrieden sind, wenn sie an einem Pflegekurs teilgenommen haben. Es ist erst einmal schwer, sie hineinzubekommen, weil sie durch die Belastung in der häuslichen Pflege schwer herauszulösen sind, es ist aber ein wichtiger Bestandteil.

Die Wünsche aus der AOK Pflege Akademie sind präzise zu benennen, indem ich sage: Die Vernetzung und Bekanntmachung der Angebote wie Pflegekurse oder Beratung in den Pflegestützpunkten ist weiter voranzutreiben. Die Stärkung der pflegenden Angehörigen durch diese bestehenden Angebote wäre ein großer Wunsch, und wir unterstützen natürlich die Interessenvertretung der pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank, Frau Kaeks! – Wir würden nun Herrn Springborn, der auch per Video zugeschaltet ist, um seinen Beitrag bitten. Bitte schön, Herr Springborn!

Jochen Springborn (Pfleger Angehöriger) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag, Herr Vorsitzender! Ich hoffe, ich bin gut zu verstehen. – Kurz zu meinem Hintergrund: Ich bin 53 Jahre alt. Meine Frau ist seit über 30 Jahren an Multipler Sklerose erkrankt. Sie ist seit mehr als 20 Jahren im Rollstuhl. Ich habe also ein paar Jahre Pflegeerfahrung. Ich bin neben der Pflege meiner Frau voll berufstätig. Die Versorgung erfolgt durch einen Pflegedienst und eine große Anzahl von Helfern. Für diese langjährige Pflege wurde ich in diesem Jahr im Rahmen der Woche der pflegenden Angehörigen geehrt. Auf der Internetseite der Woche der pflegenden Angehörigen können Sie weiteres über unsere Pflegesituation nachlesen.

Vielen Dank für die Möglichkeit, dass ich zu Ihnen sprechen kann. Das ist nur per Video möglich, etwas improvisiert, aber 9 Uhr ist eine Uhrzeit, zu der ich als pflegender Angehöriger nicht bei Ihnen vor Ort sein kann, muss ich ganz ehrlich sagen. Mein Arbeitgeber, die Evangelische Schulstiftung, hat mich freundlicherweise freigestellt, sodass ich an dieser Veranstaltung teilnehmen kann, sonst würde das auch nicht funktionieren.

Ich möchte auf die zwei Hauptthemen eingehen, die einen als pflegenden Angehörigen immer beschäftigen und daran hindern, sich noch mit anderen Themen wie Ehrenamt und Organisation zu beschäftigen. Diese sind Geld und Zeit. Zum Thema Geld: Die Pflegeversicherung ist eine Teilkasko und deckt nur einen Teil der Pflegekosten ab. In unserem Fall sind das gut 50 Prozent der Kosten des Pflegedienstes. Alle weiteren Kosten, die sich aus der Krankheit meiner Frau ergeben, tragen wir selbst. Wir geben dafür ca. 50 Prozent unseres monatlichen Einkommens aus. Dazu kommen dann noch die üblichen Wohnkosten, die Unterstützung unseres Kindes in der Ausbildung und normale Ausgaben zum Leben sowie die aktuellen Preissteigerungen. Da kommt es trotz meiner Vollbeschäftigung durchaus vor, dass am Ende des Geldes noch Monat übrig ist.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Kosten des Pflegedienstes durch die Tarifsteigerung bei den Pflegemitarbeitern jährlich steigen, der Anteil der Pflegeversicherung, bis auf die symbolische Erhöhung in diesem Jahr, sich aber nicht verändert hat. Das führt dazu, dass die von der Politik zugesagte bessere Bezahlung der Pflegekräfte im Wesentlichen allein durch die Pflegebedürftigen bezahlt wird. Bei uns sind die Kosten für den Pflegedienst dadurch in den letzten fünf Jahren bei unverändertem Leistungsumfang um 30 Prozent gestiegen. Hier ist eine Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung notwendig. Die finanziellen Probleme sind bei pflegenden Angehörigen daher ständig präsent.

Zum Thema Zeit: Ich bin Vollzeit berufstätig, mit 40 Stunden in der Woche. Mein Zeitaufwand für Pflege, Haushalt und Organisation der Unterstützung durch den Pflegedienst und zahlreiche Freunde und Bekannte ist genauso bzw. teilweise noch größer. Die Pflege eines Angehörigen ist kein Vollzeitjob, sondern ein Rund-um-die-Uhr-Job mit ständiger Anspannung und eigentlich ohne Pausen. Dieser ständige Zeitmangel wird bei fast allen pflegenden Angehörigen durch eine Reduzierung der Schlafenszeit ausgeglichen, in die ja auch noch die nächtliche Versorgung der Pflegeperson fällt, was zu entsprechenden gesundheitlichen Folgen auch bei mir führt. Als pflegender Angehöriger habe ich kaum oder keine Zeit für mich, und das Leben ist durch die Pflegeaufgabe fremdbestimmt.

Geld und Zeit hängen hier direkt zusammen. Wenn ich viel arbeite, muss ich das Geld ausgeben, um Pflegeleistungen einkaufen zu können. Wenn ich wenig oder nicht arbeite, muss ich viel selber pflegen, weil ich die externe Pflege nicht bezahlen kann. Dadurch fehlt vielen pflegenden Angehörigen einfach die Zeit und die Kraft, sich darüber hinaus zu engagieren und zu organisieren. Und weil fast alle Beratungs- und Unterstützungsangebote als reaktives System ausgelegt sind, werden wir pflegenden Angehörigen von diesen Angeboten auch nicht erreicht. Ich muss für mich als pflegender Angehöriger einen Unterstützungs- und Beratungsbedarf feststellen und mich selbst auf die Suche nach einem passenden Angebot machen. Das ist im normalen Alltag nicht zu schaffen. Aus meiner Sicht ist es notwendig, dass Beratung und Unterstützung proaktiv erfolgen müssen.

Die Beteiligung pflegender Angehöriger erfordert Organisation. Um mich da zu engagieren, müsste ich Zeit bei der Pflege oder der Arbeit einsparen. Weder das eine noch das andere ist mir möglich. Die Mitgliedschaft in einer Organisation kostet außerdem Geld. Das können sich sehr viele pflegende Angehörige nicht leisten, da sie Transferempfänger sind. Ich habe keine Lösung, wie sich die Vertretung pflegender Angehöriger organisieren lässt, aber durch große Verbände fühle ich mich nicht vertreten, da wir dort, wenn überhaupt, nur eine Randgruppe sind und es viele unterschiedliche Interessen und auch Interessenkonflikte gibt. Organisationen, die sich speziell mit pflegenden Angehörigen beschäftigen, halte ich für geeigneter, auch wenn sie nicht so viele Mitglieder haben. – Gerne stehe ich Ihnen für weitere Gespräche zur Situation pflegender Angehöriger zur Verfügung, auch wenn es für mich jedes Mal eine Gratwanderung ist, wofür ich die viel zu knappe Zeit nutze. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank, Herr Springborn, auch noch mal für den Hinweis! Ich glaube, Parlamente, das geht wahrscheinlich nicht nur uns so, haben nicht die richtige Zeittaktung, um Menschen in Vollbeschäftigung, die dann, wie bei Ihnen, auch noch pflegende Angehörige sind, einbinden zu können. Das ist etwas, worüber man nicht nur in diesem Haus, sondern insgesamt in Parlamenten nachdenken muss. Vielen Dank für Ihr Statement und diesen Hinweis!

Ich würde jetzt gerne Frau Kemnitz aus dem Landesverband Berlin wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V – um ihr Statement bitten. Bitte schön!

Sonja Kemnitz (wir pflegen e. V.): Einen schönen guten Tag! Auch wir, der Verein wir pflegen, Landesverband Berlin, bedanken uns für die Einladung. Wir sind der Meinung, wir haben eine Menge zu sagen, und es ist für uns das geeignete Forum, hier im Abgeordnetenhaus einmal ein paar Positionen deutlich zu machen.

Wir sind in Berlin über 240 000, wenn die Schätzungen stimmen. Wir sind auf Bundesebene mehr als 4,5 Millionen. Das sind pflegende Menschen, die das überwiegend auch gerne tun. Und weil wir es gerne tun, so wie ich zum Beispiel seit 2008 meinen Mann pflege, haben wir auch eine Menge zu sagen, haben wir eine Menge Wissen, das wir in die politische Debatte einbringen können und wollen. Leider ist es aber so, dass wir in politischen Debatten immer so als graue Masse mitlaufen. Herr Springborn hat es eben schon gesagt, wir sind mehr oder weniger die, die immer als Letzte genannt werden, was ja auch stimmt. Wir sind diejenigen, die nämlich am wenigsten im Fokus der Politik stehen. Deshalb begrüßt unser Verein wir pflegen e. V. sehr, dass die Landespflegeverordnung jetzt überarbeitet wird und Interessenvertreter/-innen pflegender Angehöriger eine direkte Stimme und Mitarbeit in diesem Ausschuss erhalten, wie es Menschen mit Behinderung und andere sozial zu versorgende Gruppen schon seit Jahren haben.

Wir selbst sind aber der Meinung, dass neben Sozialverbänden unbedingt auch eine direkte Interessenvertretung pflegender Angehöriger in den Landespflegeausschuss gehört. Ich möchte gerne sagen, warum. Meiner Meinung nach nicht nur, weil wir so sehr leiden, sondern weil wir eine ganz bestimmte Perspektive auf die pflegerische Versorgung einbringen. Das ergibt sich aus unserer Situation. Wir sind sowohl Pflegende im Sinne der klassischen pflegerischen Versorgung, wir sind Assistenzkraft und Betreuungskraft, wir sind aber auch Fallmanager,

denn wir haben eine enorme Arbeit zu leisten und viele Aufgaben zu lösen, um den Pflegeprozess als solchen am Laufen zu halten und – Herr Springborn hat davon gesprochen – um Angebote zu finden. Wir sollen selbst noch die Pflegekurse besuchen, außerhalb der Pflegezeit, was immer noch damit verbunden ist, dass wir Ersatz finden müssen, insbesondere in den Pflegefamilien, wo es keine professionellen Pflegeleistungen im Pflegeprozess gibt. Deshalb meinen wir: Die Politik kann vom Reichtum unserer Erfahrungen profitieren, von unserem Blick auf Bedarfslagen. Gerade der Landespflegeausschuss hat ja doch, soweit ich das Gesetz richtig verstehe, auf die Bedarfsplanung, auf die Bedarfserfassung, auf die Bedarfsanalyse im Land einen sehr großen Einfluss. Deshalb halten wir es für wichtig, dass der Verein wir pflegen e. V., auch wenn wir in Berlin nur knapp 50 Mitglieder haben, ein direktes stimmberechtigtes Mitglied in Berlin wird.

Ich will gar nicht mehr so viel sagen, denn viel ist schon genannt worden. Was mir immer wieder auffällt: Wir würden den Landespflegeausschuss gerne auch als Gremium stärken. Wir möchten da unsere Vorschläge und Ideen sehr gerne einbringen. Wo, wenn nicht im Landespflegeausschuss würden sich Kostenträger, Leistungserbringer und Pflegende auf gleicher Augenhöhe begegnen können! Dafür ist dieser Landespflegeausschuss ein besonderes Gremium, und deshalb haben wir in unserer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf vorgeschlagen, die Mitgliederzahl im Landespflegeausschuss auf 32 zu erhöhen, um neben den acht Vertretern der Kostenträger, neben den acht Vertretern der Leistungserbringer auch acht Vertreter aus der pflegerischen Situation im Ausschuss zu haben. Wir möchten mehr Öffentlichkeit. Warum? – Nicht nur, weil wir viel, viel mehr zu sagen haben, sondern weil ich finde, dass pflegende Angehörige dann auch ermutigt werden, sich politisch, in Selbsthilfegruppen, vor Ort im Bezirk, in den Kontaktstellen PflegeEngagement einzubringen, wenn sie das Gefühl erhalten, dass sie auch gewollt sind, dass sie auch gefragt werden und dass ihre Erfahrungen ernst genommen werden.

Unser Fokus liegt auf der unmittelbaren Erfahrungs-, Wissens- und Kenntniswelt der pflegenden Angehörigen selbst und darauf, dass sie die Möglichkeit erhalten, in einem Gremium, das Entscheidungen trifft, ihre Kompetenz einzubringen. Deshalb begrüßen wir den Verordnungsentwurf, haben Änderungsvorschläge gemacht und freuen uns sehr über die Debatte heute im Abgeordnetenhaus. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank, Frau Kemnitz! – Frau Rick, bitte schön!

Mara Rick („Pflege in Not“): Hallo, schönen guten Tag! Vielen Dank für die Einladung! Liebe Anwesenden! Liebe Zuhörenden! Ich danke Ihnen vor allen Dingen für die Möglichkeit, dass in diese Debatte heute auch die Perspektive von Young Carers, das heißt von jungen Pflegenden, mit einfließt, denn Young Carers sind ca. 30 000 junge Pflegende, die sich hier im Land Berlin in ihrer Familie engagieren. Young Carers stehen ganz anderen Herausforderungen als andere private Pflegepersonen gegenüber als zum Beispiel die pflegende Tochter oder die pflegende Partnerin, der pflegende Partner. Young Carers sind aufgrund ihres Lebensalters in einer ganz anderen Lebenssituation. Sie sind in ihrer Jugend, im jungen Erwachsenenalter, wo es eigentlich darum geht, sich auszuprobieren, eigene Erfahrungen zu machen, auch Grenzen auszutesten. In dieser Lebensphase dreht sich sehr viel oder primär um Selbstverwirklichung. Nicht aber bei Young Carers, denn sie sind in die Pflege und Versorgung und

vor allem in die Sorge in der Familie stark eingebunden. Das ist zumeist ihr Hauptlebensinhalt.

Aufgrund des Lebensalters von Young Carers – wir sprechen zum Teil von sehr jungen Menschen in jugendlichem Alter von 13- bis 15-Jährigen – ist im Rahmen zum Beispiel des Landespflegeausschusses leider keine Selbstvertretungen möglich. Es ist aber wichtig, auch dort immer wieder die Perspektive dieser Zielgruppe und dieser auch nicht ganz kleinen Gruppe einfließen zu lassen, zum Beispiel durch die Möglichkeit von Sachverständigen. Denn: Die Young Carers von heute sind oft auch die Carers von morgen. Young Carers übernehmen sehr früh sehr viel Verantwortung, sie haben sehr früh eine sehr hohe Empathiefähigkeit, die sie ausbilden müssen, weil sie für ihre Familie, für die kranken Familienangehörigen da sind, sodass sie später in ihrem Erwachsenen- und Berufsleben oft im Sozial- und Gesundheitswesen als Mitarbeitende anzutreffen sind.

Wir haben vorhin schon theoretisch über den Fachkräftemangel in der Pflege gehört. Wenn wir Young Carers möglichst früh unterstützen und gut begleiten, bedeutet das auch, dass wir die Pflegekräfte, die potenziellen von morgen, schon möglichst früh gut begleiten und unterstützen in ihrer Verantwortung. Sie merken dann, dass man in der Pflege nicht alleingelassen wird, egal in welcher Funktion und Rolle man da unterwegs ist.

Wir haben vorhin theoretisch gehört, es gibt einen Fachkräftemangel in der Pflege. Das ist keine neue Erkenntnis für alle Anwesenden hier im Raum wie auch außerhalb des Raumes. Was das aber ganz konkret für die Einzelnen, für die Familien bedeutet, wenn ein Fachkräftemangel besteht, erleben wir zum Beispiel in unserer Beratungsstelle von „Pflege in Not“, wo ich neben der Beratungsstelle „echt unersetzlich“ auch die Projektleitung inne habe, wenn Angehörige anrufen und sagen: Der Pflegedienst hat mich gerade angerufen und gesagt, ab morgen stellt er die Abendtour ein, weil kein Personal mehr da ist. – Da wird dieses abstrakte „Wir haben einen Fachkräftemangel“ plötzlich ganz konkret und greifbar, denn ab morgen kommt niemand mehr und zieht die Thrombosestrümpfe aus oder setzt die Insulinspritze. Es gibt ja auch keinen anderen Pflegedienst, der das spontan übernehmen oder überhaupt machen kann.

Nicht nur wir bei der Beratungsstelle „Pflege in Not“, sondern auch zum Beispiel die Pflegestützpunkte erleben täglich und dann auch hautnah von den Betroffenen, was es bedeutet, dass der Fachkräftemangel mehr und mehr um sich greift. Wir finden, dass es neben diesem abstrakten Wissen notwendig ist, dass diese Tragik, die pflegende Angehörige oder Organisationen erleben, die direkt mit ihnen und betroffenen Pflegebedürftigen arbeiten, im Landespflegeausschuss einfließt, damit das nicht so abstrakt bleibt und wir das alle theoretisch wissen, sondern damit es konkret wird und wir auch die tatsächlichen Ausmaße greifbar haben.

Gerade auch in Familien mit Young Carers ist es oft ein länger dauernder Prozess, oftmals auch ein überfälliger Prozess, bis die Familien bereit sind, sich externe Unterstützung und Hilfe zu holen. Wenn die Familien an dem Punkt angekommen sind, sich die Hilfe holen zu wollen, und sie sich auf die Suche nach einem ambulanten Pflegedienst begeben und dann feststellen, es gibt keinen, wird es beim nächsten Mal noch schwerer sein, sich auf den Weg zu begeben und externe Unterstützung zu holen, wenn sie beim ersten Mal mit ihrem Vorhaben und der Bereitschaft, sich in der Situation unterstützen zu lassen, die alleine oft so nicht tragbar und leistbar ist, schon so kläglich gescheitert sind.

Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass, wie gesagt, die Zielgruppe der Young Carers natürlich besondere Bedarfe und Bedürfnisse hat, die in den Blick zu nehmen notwendig ist. Aber auch die Gruppe der Pflegenden mit Migrationshintergrund und Familien mit Migrationshintergrund hat oft eine andere Lebenswelt und Lebensumstände als andere pflegende Angehörige. Es ist wichtig, auch sie nicht außen vor zu lassen und sie im Landespflegeausschuss zu berücksichtigen, was so bislang auch noch nicht vorgesehen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen herzlichen Dank allen Anzuhörenden für Ihre Statements! – Jetzt hat sich zuerst der Kollege Schulze gemeldet. Bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Danke an die Anzuhörenden für die Ausführungen! – Ich vertrete heute meine Kollegin Steffi Fuchs, die leider in Quarantäne und zu Hause ist. Ich möchte Ihnen einige Fragen stellen. Wir haben uns als Koalition insgesamt vorgenommen, dass die pflegenden Angehörigen deutlich stärker als bisher auch in den entsprechenden Gremien beteiligt werden, auch im Landespflegeausschuss, und dass die Leistungen, die die pflegenden Angehörigen erbringen – für unsere Gesellschaft insgesamt, für ihre Angehörigen im Speziellen –, stärker ins Blickfeld geraten und stärker gewürdigt werden. Ich glaube, das ist eine große Herausforderung; die Zahlen wurden hier genannt. Sie zeigen, dass die Angehörigen eigentlich die größte Gruppe sind, die in unserer Gesellschaft pflegen. Ich glaube, es gibt gute und weniger gute Gründe dafür, Angehörige zu pflegen. Gute sind sicher, dass der oder die zu Pflegende in der heimischen Umgebung bleiben kann, mit lieben Personen zusammen ist. Es gibt sicherlich auch weniger gute Gründe, dass nämlich die entsprechenden Pflegeangebote, die gemacht werden, nicht ausreichend sind und man sich deswegen sozusagen notgedrungen für die Pflege zu Hause und mit den Angehörigen entscheidet. Gerade deswegen kommt es darauf an, die pflegenden Angehörigen noch mal besonders zu unterstützen und besonders in den Blick zu nehmen, weil das ein Feld ist, wo jemand Verantwortung übernimmt, für die gesamte Gesellschaft, für eine Aufgabe, die eigentlich die gesamte Gesellschaft hat, und das halt im privaten Raum. Da verquicken sich die privaten Verhältnisse sozusagen mit den gesellschaftlichen.

Thema der Anhörung ist die Vertretung der pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss. Dazu haben sich einige Anzuhörende geäußert, andere nicht so sehr. Ich möchte Frau Buchholtz-Gorke noch fragen, wie sie zur Vertretung der pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss steht, welche Position sie dazu hat. Nachdem Herr Springborn gesagt hat, er fühle sich nicht vertreten von den großen Verbänden, möchte ich Frau Kemnitz und auch Frau Rick fragen, welche Möglichkeiten Sie sehen, wie Sie sich im Landespflegeausschuss als pflegende Angehörige organisieren könnten. Es ist natürlich immer schwierig, für eine große Gruppe von Menschen vier, fünf, sechs oder wie viel Vertreterinnen und Vertreter auch immer in so ein Gremium zu schicken; man muss sich dazu organisieren, man muss vielleicht Leute wählen oder benennen, die da reingehen. Frau Kemnitz hat einige Ausführungen gemacht, wie das gehen könnte. Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie Sie das sehen, welche Organisationsformen möglich sind und was getan werden kann, damit das auch möglichst repräsentativ ist, was dann im Landespflegeausschuss getan wird.

Frau Rick möchte ich noch fragen, wie Sie die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für junge Menschen, die pflegen, einschätzen und inwieweit die pflegenden Jugendlichen auch im Landespflegeausschuss beteiligt werden könnten. Das wäre dann ja noch

mal eine spezielle Gruppe; da müsste man wahrscheinlich eine Absprache innerhalb der Selbstvertretungsverbände oder Organisationen und Vereine treffen. Welche Maßnahmen finden Sie wichtig, um vielleicht mehr Sichtbarkeit für die pflegenden jungen Menschen zu erreichen? Wie schätzen Sie den Austausch mit Schulen und den Institutionen ein, mit denen junge Menschen zu tun haben, Hochschulen beispielsweise, Ausbildungsstationen u. Ä.?

An alle Anzuhörenden habe ich die Frage, wie das Verfahren zur Verordnung mit dem Senat gerade läuft, welche der hier vertretenen Anzuhörenden an der Verbändeanhörung beteiligt waren und welche Rückmeldungen es gab. – An den Senat nachfolgend die Frage, wie aus Sicht des Senats die Verbändeanhörung läuft, welche Verbände sich geäußert haben und wie die Rückmeldungen auf die entsprechende Verordnung ausfallen. Ich gehe mal davon aus, dass wir gemeinsam noch das Ziel verfolgen, die pflegenden Angehörigen tatsächlich auch in persona im Landespflegeausschuss zu beteiligen. Wir haben hier ja gehört, wie wichtig der Austausch mit den Verbänden, auch mit den Kostenträgern ist. Wenn es gut funktionieren soll, müssen Sachen ineinandergreifen, also stationäre, ambulante Angebote und die Angehörigen selbst, insofern wäre es, glaube ich, besonders wichtig, da eine gute Lösung zu erreichen, damit das dann im Landespflegeausschuss auf Augenhöhe stattfindet. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Gräff: Herzlichen Dank! – Dann der Kollege Düsterhöft, bitte schön!

Lars Düsterhöft (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Grundsätzlich zeigt diese Anhörung, dass die Breite der Bedarfe der pflegenden Angehörigen wirklich enorm groß ist und der Rahmen, den wir heute hier gesteckt haben, eigentlich schon von ganz vielen automatisch gesprengt wird. Deswegen auch meinerseits die Entschuldigung, dass wir auf viele Aspekte, die Sie angesprochen haben, in der Anhörung jetzt vielleicht nicht adäquat eingehen können. All Ihre Hinweise aber wurden sehr wohl gehört. Wir haben ja ein Wortprotokoll, sodass wir das Thema durchaus auch später noch mal in andere Anhörungen miteinfließen lassen können, die wir in den nächsten Monaten und Jahren ganz bestimmt forcieren sollten, sodass wir es immer wieder auf der Tagesordnung haben und uns damit beschäftigen.

Ein paar wenige Fragen habe ich, einmal an Frau Buchholtz-Gorke. Sie sprachen von den zahlreichen Angeboten für die pflegenden Angehörigen. Gibt es eigentlich auch ein grundsätzliches Angebot einer professionellen Supervision für pflegende Angehörige? Ich kann mir vorstellen, dass ein Selbsthilfekurs, eine Selbsthilfegruppe nicht immer der adäquate Raum ist, um psychische Belastungen abzubauen zu können bzw. um eine wirklich professionelle Unterstützung zu bekommen. Welche Angebote gibt es da grundsätzlich für die pflegenden Angehörigen?

Frau Kaeks! Sie sprachen von den Pflegekursen. Da würde ich gerne wissen, wie viele pflegende Angehörige an diesen teilnehmen. Inwiefern werden die individuellen Pflegekurse in der Häuslichkeit angeboten, bzw. ist das eine gute Alternative? – Da merken Sie schon, dass wir, vom Thema her, ein Stück weit den Rahmen dieser Anhörung verlassen.

Herr Springborn! Ihnen möchte ich einfach danken, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Vielen Dank auch für Ihre Offenheit, für den Einblick in Ihren Alltag und Ihre Empfehlung, Einschätzung, welche Art von Vertretung Sie sich im Landespflegeausschuss wünschen!

Frau Kemnitz! Auch Ihnen erst einmal vielen Dank für Ihre Zeit und dass Sie heute hier sind! Ich würde Sie einfach darum bitten, dass Sie vielleicht noch ein bisschen zu dem Verein erzählen. Sie haben schon gesagt, es sind hier in Berlin 50 Mitglieder. Wie viele Mitglieder sind es deutschlandweit? Seit wann gibt es den Verein? Und was natürlich auch ganz besonders spannend ist, weil es am Ende natürlich auch um die Frage geht, wie die pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss vertreten werden sollen: Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den vielen Vereinen von pflegenden Angehörigen organisiert, bzw. gibt es da einen Austausch? Oder versucht jeder Verein, sich irgendwie selbst einzubringen?

Frau Rick! Sie sprachen vor allem über die Bedürfnisse von jungen pflegenden Angehörigen. Da würde ich gerne wissen, ob Sie es für sinnvoll halten würden, wenn es eine Vertretung für ganz besonders junge pflegende Angehörige im Landespflegeausschuss geben würde, bzw. inwieweit die Interessen von pflegenden Angehörigen, die teils noch Kinder sind, manchmal sogar Kleinkinder, die das am Rande mitkriegen bzw. auch schon in die Pflegearbeit eingespannt werden, geschützt bzw. gebündelt werden und dann auch in der Pflegepolitik vertreten werden. Das wäre noch eine Frage an Sie.

An den Senat die Frage, wie der weitere zeitliche Ablauf der Arbeit und der Verordnung ist. Im Internet kann man ja auch über den Landespflegeausschuss recherchieren; man findet da eine Seite. Die letzte Sitzung war demnach am 1. Juni 2018. Ich vermute mal, da ist ganz viel Dokumentation liegen geblieben. Gibt es demnächst eine neue Seite? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, wie auch dazu, wie oft der Ausschuss tagt und in welchem Rahmen er zustande kommt. – Danke!

Vorsitzender Christian Gräff: Herzlichen Dank, Herr Kollege Düsterhöft! – Jetzt Herr Bauschke, bitte schön!

Tobias Bauschke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch unsererseits herzlichen Dank an alle Anzuhörenden, die uns sehr informativ, aber auch, wenn ich an Herrn Springborn denke, zum Teil auch sehr schonungslos mit der Situation konfrontiert haben, in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die man sich bei der Diskussion, bei allem Schrecken, dann doch auch immer wünscht.

Ich würde es ein bisschen beschränken, einerseits auf die Frage, die schon angesprochen wurde, mit der Zeiteinteilung bei einer möglichen Beteiligung am Landespflegeausschuss. Da ist für mich, vor allem auch nach den Ausführungen – Vollzeitjob, dann die gesamte Zeit im Leben eigentlich noch die Pflege – die Frage, wie man sich das vorstellt, auch vielleicht, ob es da Überlegungen gibt, verschiedene Modelle einzuführen – Digitalisierung als Stichwort –, um räumlichen Nähe nicht nur durch Anfahrt zu haben. Zum Thema Digitalisierung auch vielleicht eine kurze Einschätzung, etwas abseits vom Thema der Anhörung, weil ich öfter vernommen habe, zumindest aus den Ausführungen, dass es vor allem einen erhöhten Informations- und Angebotsbedarf gibt, wie Sie hier das Angebot einschätzen bzw. was Sie sich eigentlich wünschen würden. Könnte zum Beispiel eine Plattform, wo alles noch einmal zusammengefasst werden würde, helfen?

An den Senat hätte ich einerseits natürlich auch die Frage des zeitlichen Ablaufs der Verordnung, andererseits nur noch mal als Stichwort – wenn Sie heute keine Zahlen dazu haben, was ich vermute, ist das okay – das Thema Altersarmut in der Pflege. Das ist jetzt etwas schwie-

rig, weil es nicht unbedingt Ihren Geschäftsbereich, Frau Senatorin, angeht, aber: Inwieweit ist da die Sensibilisierung senatsseitig vorhanden, auch für die Abteilung?

Eine Frage noch zum Thema Pflegekurse. Die Kurse haben ja auch immer die Herausforderung einerseits des Zeitmanagements, andererseits ist die Pflege von Angehörigen wahnsinnig spezialisiert, also die Fälle sind in einem Facettenreichtum vorhanden. Hier würde mich interessieren, ob das Angebot spezialisiert genug ist, um ausreichend Möglichkeiten zu geben. Ich würde mich über eine kurze Einschätzung dazu freuen. – Danke!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank, Herr Kollege Bauschke!

Jetzt stehe ich auf der Rednerliste. Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für Ihre Einschätzungen, auch für die Offenheit! Ich möchte aus der persönlichen Erfahrung zwei Fragen an Herrn Springborn richten, weil ich das – in einer anderen beruflichen Aufgabe – fast täglich höre. Ich weiß, das hängt jetzt nicht unmittelbar mit dem Inhalt dieser Anhörung zusammen, aber Sie haben das Thema Vergütung angesprochen. Ich glaube, das ist etwas, was die Politik im Moment noch überhaupt nicht auf dem Schirm hat, dass nämlich die steigenden Tariflöhne, die sicherlich gerechtfertigt sind, zu dieser Lücke führen, die für pflegende Angehörige immens und wirtschaftlich wirklich an der Grenze und kaum noch zu tragen ist. Herr Springborn! Mich interessiert, wie Sie einschätzen, wie sich das in der letzten Monaten entwickelt hat. Es gibt ja auch ganz aktuelle Entwicklungen, die damit zusammenhängen.

Die Frage ist auch von den Kollegen schon gestellt worden, nämlich ob überhaupt noch ambulante Pflegedienste zur Verfügung stehen – ist das bei Ihnen auch schon ganz konkret aufgeschlagen?

Die zweite Frage, Herr Springborn, die natürlich sehr interessant ist; Sie sagen: Mensch, mir fehlen eigentlich die Zeit und auch die finanziellen Möglichkeiten, weil die Lücke oder Spannbreite zwischen dem, was die Pflegekasse zahlt, und dem, was ich zahlen muss, immer größer wird. – Unter welchen Rahmenbedingungen wäre es Ihnen denn möglich, beispielsweise in einem Gremium mitzuarbeiten, vielleicht auch in einem Verein? Es müssen ja nicht gleich zehn Stunden in der Woche sein, aber mal zwei Stunden reinhören, Ihre Erfahrungen mitgeben – oder auch in so einem öffentlichen Gremium, egal, ob es ein Landespflegeausschuss oder oder oder ist. Vielleicht können Sie noch ein, zwei Sätze zu den Rahmenbedingungen sagen.

An den Senat habe ich die Frage, was Ihre Strategie, Frau Senatorin, beim Thema Kontaktstellen ist, also bei denjenigen, die die ehrenamtliche Arbeit in den Bezirken bündeln sollen. Nun habe ich da auch ganz praktische Erfahrungen, weil wir sozusagen mit einer Beratungsstelle auf einem Flur sitzen. Es sind, glaube ich, schon große Herausforderungen, auch von den Ressourcen, die bei den Kontaktstellen pflegender Angehöriger vorhanden sind. Insofern würde mich interessieren, wie Ihre Strategie da für die nächsten Jahre ist, inwiefern man das ausbauen kann und wie man pflegende Angehörige über die Vereinsstrukturen hinaus noch besser erreichen und möglicherweise unterstützen kann, wie die Hemmschwelle – wenn denn die zeitlichen Ressourcen bei pflegenden Angehörigen überhaupt vorhanden sind – proaktiv, wie Herr Springborn es auch sagte, abgebaut werden kann. Gibt es eine Strategie, proaktiv auf pflegende Angehörige zuzugehen? Ich halte das für sehr, sehr wichtig, denn eins ist klar: Wir haben jetzt ungefähr 4 Millionen, wir werden im Jahr 2030 in Deutschland weit über 5 Milli-

onen zu Pflegende haben, und die werden nicht alle in Pflegeeinrichtungen unterkommen. Es wird weniger Menschen geben, die pflegen, weit weniger noch, egal ob in der ambulanten oder in der stationären Pflege, und zwar aufgrund der demographischen Entwicklung. Insofern wird es immer mehr pflegende Angehörige geben, und ich glaube, wir müssen uns darauf vorbereiten, auch hier in Berlin. Die Zeit dazu ist gekommen, es eilt. – Soweit von meiner Seite.

Dann hatte sich Frau Suka gemeldet – bitte schön!

Aferdita Suka (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank an alle Anzuhörenden! Auch meine Fraktion begrüßt natürlich sehr diese längst überfällige Erweiterung des Landespflegeausschusses. Es ist vielleicht noch einmal besonders hervorzuheben, dass es ein deutlicher Fortschritt ist, wenn pflegende Angehörige oder Zugehörige hier gleichberechtigte, stimmberechtigte Mitglieder werden sollen.

Weshalb die Expertise und die Partizipation pflegender An- und Zugehöriger von Bedeutung ist, wurde von den Anzuhörenden bereits dargestellt. Was mir noch durch den Kopf ging, ist, ob wir nicht auch über eine zeitgemäßere Begrifflichkeit hinsichtlich der Angehörigen nachdenken müssten; deshalb habe ich es so betont „Angehörige, Zugehörige“, damit das Bild im Kopf breiter wird, die Zielgruppe, an die wir denken müssen. Da fielen mir auch die Ehrenamtlichen ein. Gerade die Kompetenzzentren PflegeEngagement arbeiten zum Beispiel sehr viel mit Ehrenamtlichen. Auch da die Frage, wie wir diese Zielgruppe im zu erweiternden Landespflegeausschuss angemessen berücksichtigen. Erste Frage also – wie wird das eingeschätzt, werden die Ehrenamtlichen gut und angemessen als dazugehörige Pflegende berücksichtigt?

Meine zweite Frage richtet sich an die AOK. Sie sprachen, das habe ich sehr gerne gehört, über Prävention in der Pflege; Sie haben die pflegenden Angehörigen als Zielgruppe und deren Gesundheit und die Frage angesprochen: Wie erhält man die Gesundheit der pflegenden Angehörigen? – Ich habe mich gefragt, ob die AOK auch noch mehr in Richtung Prävention in der Pflege denkt, wie also pflegende Angehörige geschult werden, welches Potenzial Prävention in der Pflege insgesamt hat, wie Sie beim Thema Gesundheit, Bewegung usw. die zu Pflegenden besser unterstützen können. Wenn Sie dazu spezielle Projekte haben, können Sie gerne, wenn die Zeit es noch erlaubt, dazu ausführen; das würde mich freuen.

Herr Springborn hat den Bereich proaktives Unterstützen hervorgehoben. Da musste ich an unsere präventiven Hausbesuche denken, die wir jetzt auszuweiten planen. Ich möchte einfach nur noch mal erwähnt haben, welche Bedeutung diese präventiven Hausbesuche haben; das hat Herr Springborn, glaube ich, noch mal sehr deutlich hervorgehoben. Manchmal haben die Menschen nicht einmal die Kraft, selbst zu suchen oder sich mit der Idee zu beschäftigen: Was brauche ich jetzt selbst an Hilfe? – Solche proaktiven Hausbesuche können diesen Bedarf decken. Wir hatten vor Kurzem eine Studie, die gezeigt hat, dass unzählige Leistungen und Angebote, die es gibt, von Pflegenden und pflegenden Angehörigen teilweise bis zu 70 Prozent nicht abgerufen werden, warum auch immer – weil der Informationsmangel da ist, weil zu viel Bürokratie da ist. De facto gibt es aber deutlich mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote als abgerufen werden. Das können wir uns eigentlich nicht leisten; wir müssen zusehen, dass die Unterstützungsangebote abgerufen werden, damit die Selbsthilfefähigkeit, die noch vorhanden ist, bleibt und die pflegenden Angehörigen uns als Ressource, als – in

Anführungsstrichen – nichtprofessionelle Pflege erhalten bleiben, gerade im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel.

Als Frage hätte ich eine weitere Zielgruppe im Fokus. Wir haben hier öfter über Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen, seien es pflegende Angehörige oder Pflegebedürftige selbst. Wir werden sie eigentlich eingebunden im Landespflgeausschuss, über welchen Träger, über welche Einrichtung oder Vertretung? Wie schätzt der Senat es ein: Ist das angemessen vorgesehen? – Beim Thema klein, groß – –

Vorsitzender Christian Gräff: Frau Kollegin Suka! Entschuldigen Sie, aber ich bin ja nun vom Ausschuss gebeten worden, immer darauf zu achten, dass vielleicht nicht einer so ganz doll die Redezeit überschreitet.

Aferdita Suka (GRÜNE): Okay, danke für den Hinweis! – Eins wäre mir noch wichtig: Bei kleinen Vertretungen, bei größeren Vertretungen – selbst wenn einzelne Vereine klein sind, können sie eine besondere Bedeutung haben. Deshalb frage ich allgemein: Es können auch andere, die heute nicht vertreten sind, trotzdem von Bedeutung sein. Welche Alternativen gibt es? Man wird ja kaum alle als Mitglieder aufnehmen können. Wie kann man sie anders, verbindlicher beteiligen, so, dass sie genug Gehör bekommen? Hat die Senatsverwaltung dazu Ideen? – Danke!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Herr Kollege Zander, bitte schön!

Christian Zander (CDU): Vielen Dank! Eine Frage habe ich an Herrn Springborn. Sie hatten gesagt, was auch schon erwähnt wurde, Beratung und Unterstützung sollten proaktiv erfolgen. Deshalb mal ganz praktisch gefragt: Wie wäre in Ihrer Situation denn die Erwartungshaltung? Was wäre das Optimum, wie man diese proaktive Beratung und Unterstützung leisten könnte? Es gibt ja den Fall, dass jemand plötzlich zu einem Pflegefall wird, durch einen Unfall, einen Schlaganfall etc., und es gibt den Fall, wo dieser Prozess schleichend erfolgt und man sich irgendwann selber fragt: Wann beantrage ich jetzt die Feststellung eines Pflegegrades etc.? – Das sind ja zwei unterschiedliche Situationen, wie man zu einer Beratung und Unterstützung kommen kann.

Faktor Zeit war das eine. Frau Kaeks, Sie haben gesagt, Sie haben 1 900 Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer erreicht. Meine Frage ist auch hier: Welche Zielgruppe wird da erreicht? –, weil wir auch über die unterschiedlichen Familiensituationen gesprochen haben. Also auch Menschen wie Herr Springborn, weil sie auch die Onlinekursvariante erreicht? Erreichen Sie Berufstätige damit oder eher diejenigen, die schon älter und im Ruhestand sind? Haben Sie dazu eine Auswertung, wer genau diese Kursangebote in Anspruch nimmt?

Zum Schluss etwas, was auch Herr Schulze erwähnte, zu der Frage: Wie könnte man die pflegenden Angehörigen möglichst repräsentativ in dem Gremium vertreten lassen? Dazu die Frage an wir pflegen e. V.: Wer ist bei Ihnen organisiert, mit welchem Hintergrund? Berufstätige, nicht mehr Berufstätige? Sind auch diese Young Carers eventuell bei Ihnen vertreten? Wie, glauben Sie, kann man die Repräsentativität am besten erreichen, da jeder sehr konkrete und unterschiedliche Erfahrungen gemacht hat? Wie kann man das machen, gerade weil Sie die Erweiterung um zwei Personen vorgeschlagen haben? Ich kenne Ihre Stellungnahme an den Senat nicht; vielleicht könnten Sie noch mal sagen, warum zwei Personen und ob Sie

meinen, dass diese zwei Personen ausreichen würden. Sie haben ja auch auf die persönlichen Erfahrungen abgestellt. Natürlich finden wir das grundsätzlich völlig richtig und gut und unterstützen das auch, dass auch die direkt betroffenen pflegenden Angehörigen in diesem Gremium mit direkter Stimme beteiligt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Herzlichen Dank! – Herr Kollege Hansel, bitte schön!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank an alle, die stark vertreten haben, worum es geht, auch an Herrn Springborn! Das ist doch sehr bedrückend, und ich habe den Eindruck – der Vorsitzende hat darauf hingewiesen –: Wir geraten in eine demographische Falle, und ich glaube, da kommt eine Welle auf uns zu, von der wir uns noch gar nicht bewusst sind, die wir tatsächlich auch, glaube ich, verdrängen. Mein Eindruck ist, das habe ich mitgenommen: Natürlich sind Gremien wichtig, natürlich ist eine adäquate Beteiligung der Experten in eigener Sache, wie es aufgrund der Praxis heißt, also der pflegenden Angehörigen unglaublich wichtig, aber ich glaube, es geht einfach auch um Geld. Denn wenn die Leute selbst arbeiten müssen und nicht pflegen können und die Leistung einkaufen müssen – das ist einfach zu teuer –, dann ist das einfach das Grundproblem. Das kann auch eine Gremienarbeit, glaube ich, nicht relativieren. Wenn wir uns angucken, dass die Zahl hier in Berlin bereits bei 240 000 liegt – das wird natürlich steigen; der Vorsitzende hat darauf hingewiesen, 4,5 Millionen im Bund. Die Gremien-debatte ist jetzt natürlich wichtig; darum sitzen wir heute hier im Ausschuss. Ich glaube aber, wir müssen tatsächlich überlegen, wie wir hier den Sozialstaat, der uns ja dann alle betrifft, in diese Richtung umbauen; da kommen wir nicht drum herum. Also, ich bin hier etwas ratlos zurückgelassen. Es geht um Geld. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts, um das mal so platt zu sagen. Da müssen wir uns, glaube ich, alle auf noch ganz andere Dimensionen einstellen. – Ansonsten würde ich mich den Fragen von Herrn Gräff an die beiden Anzuhörenden, die er genannt hat, anschließen. – Danke!

Vorsitzender Christian Gräff: Danke schön! – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Vielen Dank! – Zunächst auch mein ganz ausdrücklicher Dank an die, die wir gehört haben, insbesondere auch an die, die selbst Pflegende sind, weil ihre Arbeit gar nicht hoch genug zu schätzen ist. Ich bin sehr dankbar, dass das heute auch noch mal so deutlich gesagt wurde. Ich glaube, wir nehmen alle viel davon mit, auch für das, was wir gemeinsam noch zu entwickeln haben.

Ich würde auch noch mal gerne einen Aspekt stärken: Es geht natürlich um die Beteiligung der Menschen, die pflegen, aber es geht uns auch ganz stark um die Beteiligung der pflegebedürftigen Menschen selbst, weil es ja auch ein Selbstbestimmungsrecht ist, selbst entscheiden zu können: Wie möchte ich gepflegt werden und wo? – Auch das wird eine ganz große Rolle spielen, wie wir den Pflegebedürftigen selbst eine Stimme geben. Das geht oft einher mit denen, die sie pflegen, aber dieser ganz eigenständige Akzent sollte nicht zu kurz kommen.

Die Beteiligung der pflegebedürftigen Menschen und ihrer An- und Zugehörigen im Landespflegeausschuss ist eines der zentralen Merkmale der Berliner Pflegepolitik, welches wir in der nächsten Zeit auch mit der neuen Verordnung sehr stark machen wollen. Wir wollen diese Zusage mit der neuen Verordnung, die noch „Work in Progress“ ist, einlösen; das wissen Sie alle. Ich kann trotzdem sagen, dass dieser Entwurf schon auch einen Paradigmenwechsel

ausmacht. Acht von 30 Mitgliedern werden zukünftig die Interessen von Menschen mit Pflegebedarf und pflegenden Angehörigen vertreten.

Vielleicht zur Auswahl, zu den Kriterien, wie man diese Plätze besetzen kann. Es muss ein robustes Mandat sein, also wir brauchen auch eine Langfristigkeit und Verbindlichkeit auch in der Mitarbeit. Das hat jetzt nichts damit zu tun, dass man kleineren Organisationen unterstellt, sie würden das nicht leisten wollen, aber häufig ist es einfach nicht möglich, das zu leisten; ich glaube, das ist teilweise schon deutlich geworden. Es geht um fachliche Expertise, es geht um Kooperationsbereitschaft und um den Willen zum Austausch auch mit den anderen Interessenvertretungen, sowie um eine gewisse Höhe eines Organisationsgrades.

Mit dem Entwurf sind wir mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Berliner Pflege-landschaft in den Austausch gegangen. Darauf wird Frau Ludwig gleich noch im Detail eingehen, und sie wird auch zu Ihren Fragen etwas sagen. Es sind 19 Stellungnahmen eingegangen, und es sind bereits auch weitere Gespräche mit Interessenverbänden und Selbsthilfeorganisationen geführt worden. Ich sage ganz klar: Das gibt uns noch mal wirklich wichtige Impulse, auch diese Anhörung. Für mich war es heute noch mal wichtig, wahrzunehmen – und dem müssen wir auch gerecht werden –, dass die Pflege der Angehörigen eine ist, die in der Dauer, nicht nur was den Tag betrifft, der 24 Stunden hat, sondern auch über viele Jahre geht. Das ist etwas, was sich so selten woanders abbildet. Auch dem muss man gerecht werden.

Ich war sehr dankbar, dass auch die Frage der Young Carers hier starkgemacht wurde; auch das ist etwas, was wir in den Blick nehmen wollen. Ebenso der Wunsch nach einer aufsuchenden Beratungsarbeit und Begleitung. Ich glaube, das muss noch deutlich anders einhergehen als bei den Hausbesuchen. Die präventiven Hausbesuche sind ja eher ein niederschwelliges Angebot, um überhaupt mal ins Gespräch zu kommen und dann Wege zu bahnen. Ich denke, der Bedarf, der hier geäußert wurde, so habe ich es verstanden, ist noch deutlich spezifischer und muss noch besser ausgearbeitet werden. Vielleicht ein Punkt, den wir auch hinsichtlich der Entwicklung der Kontaktstellen in den Blick nehmen müssen. Aber jetzt würde ich bitten, dass Frau Ludwig vielleicht auch noch die ganz konkreten Fragen zum Sachstand, Zeitplan usw., was noch offen ist, beantwortet.

Vorsitzender Christian Gräff: Sehr gerne! – Bitte schön, Frau Ludwig! Vielleicht schaffen wir es in ungefähr fünf bis sieben Minuten, um dann noch eine Runde der Anzuhörenden machen zu können. Spätestens um 11 Uhr müssen wir die Lüftungspause machen.

Anja Ludwig (SenWGPG): Das mache ich gerne; ich versuche, mich kurzzufassen und auf alle Fragen, die gestellt wurden, zu antworten. – Gleich vorneweg noch mal zum konkreten weiteren Vorgehen: Die Senatorin hat es gerade schon gesagt: Im Moment werten wir die Stellungnahmen aus und arbeiten die Empfehlungen, die uns zugeleitet wurden, in den aktuellen Verordnungsentwurf ein. Wir werden sehr viele Empfehlungen übernehmen. Ich muss gestehen, es waren wenig kritische Anmerkungen, die jetzt grundsätzlich etwas an der Verordnung infrage gestellt hätten. Wie die Senatorin gerade schon sagte, ist das heute für uns noch einmal eine Möglichkeit, das, was die pflegenden Angehörigen und ihre Vertretungen eingebracht haben, bei der Überarbeitung der Verordnung mit zu berücksichtigen. Es werden auch noch weitere Gespräche mit Interessenvertretungen pflegender Angehöriger stattfinden, bevor wir eine Entscheidung treffen.

Was ich auch noch sagen möchte: Es wurden hier viele verschiedene Gruppen von pflegenden Angehörigen mit spezifischen Blickwinkeln aufgeführt. Natürlich können wir die nicht alle in das LPA-Gremium aufnehmen. Es ist deshalb so wichtig, dass sich die Gruppe der pflegenden Angehörigen mit ihren vielfältigen und unterschiedlichen Interessen auch in vielleicht anderen Organisationsformen abstimmen und versuchen, mit einer Stimme zu sprechen. Wir haben im LPA die Möglichkeit, Unterarbeitsgruppen, Arbeitsgruppen, aber auch Sonderveranstaltungen durchzuführen und die Expertise anderer Gruppen noch mit aufzunehmen, aber wir haben eben auch die Möglichkeit, Sachverständige hinzuzuziehen. Auf diese Möglichkeit möchte ich hier noch mal hinweisen. Das heißt, das ist kein geschlossenes System. Wir können hier tatsächlich auch die Expertise von Personen, die nicht Mitglied im LPA sind, bei spezifischen Fragestellungen zusätzlich einbinden; das ist mir noch mal ganz wichtig.

Herr Düsterhöft! Sie hatten zur Webseite des LPA gefragt. Die ist völlig veraltet. Das ist unser großes Vorhaben. Da ist auch viel Selbstkritik an der Stelle, aber wir haben gesagt, wir packen das jetzt nicht an, vielmehr wollen wir mit dem Paradigmenwechsel einer komplett neuen Verordnung, die sich gravierend von der aus 2011 unterscheidet, auch den Internetauftritt angehen und ihn komplett erneuern. Wir sind jetzt natürlich etwas in Verzug mit den Sitzungen. Das liegt daran, dass wir die neue Verordnung brauchen, um letztendlich die Konstituierung des neuen LPA vorzunehmen. Wir haben im Juni die letzte Sitzung gehabt; im September waren die Wahlen zum neuen Abgeordnetenhaus. Das heißt, in der Zeit war einfach nichts möglich, und jetzt sind wir in der Befassung mit der neuen Verordnung. Das heißt, das sind viele Prozesse, die dazu geführt haben, dass wir hier etwas in Zeitverzug sind.

Unser Ziel ist es, im September/Oktober die erste konstituierende Sitzung des LPA durchzuführen. Bis dahin ist noch einiges zu tun. Wir müssen noch die Schlusszeichnung und Einleitung des Mitzeichnungsverfahrens angehen. Wir gehen davon aus, dass das im Juli abgeschlossen werden kann. Dann muss die Vorlage – zur Kenntnisnahme – ans Abgeordnetenhaus, und dann muss die Zuleitung an SenJustVA zur Verkündung der Verordnung erfolgen. Sodann müssen wir ins Mitgliederbenennungsverfahren der neuen LPA-Mitglieder gehen. Das wird auch noch mal ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen. Wir hoffen trotzdem, dass wir in der Planung der neuen ersten Sitzung im September/Oktober starten können. Aber, wie gesagt, das ist ein komplett neues Verfahren, was wir hier aufgesetzt haben, insofern braucht das etwas Zeit, und es soll ja auch gut werden. – Ich hoffe, dass ich jetzt alle Fragen beantwortet habe.

Eine Frage ist noch übrig, und zwar zur Strategie des Senats, was die Situation pflegender Angehöriger angeht. Ich würde das nicht verkürzen auf die KPEen, sondern als Gesamtkonstrukt betrachten. Wir fördern ja schon wahnsinnig viele Strukturen, angefangen von den BrückenbauerInnen über die Pflegestützpunkte, die ja ausgebaut werden, die verschiedenen Fachstellen, die wir haben wie „Pflege in Not“, die alltagsunterstützenden Angebote. Also, wir versuchen schon viel zu fördern; mit „echt unersetzlich“ werden auch die Young Carers zum Teil mit Mitteln des Landes gefördert. Wir sind an der Stelle also schon sehr aktiv, aber tatsächlich ist es so, dass wir im Moment in der Planung für eine neue Aufsetzung der Strategie pflegender Angehöriger sind. Dazu gab es schon 2018 eine Senatsvorlage. Die wird jetzt noch mal komplett überarbeitet und soll auch aktualisiert werden. Wir haben eine neue Stelle bei uns im Haus, die nennt sich Referentin für Partizipation und Bürgerbeteiligung in der Pflege. Das heißt, wir nehmen das Thema auch mit Blick auf die Konstituierung in unserem Haus ernst. Es ist eine Stelle im Rahmen der Landespflegestrukturplanung, weil wir sagen: Landes-

pflegestrukturplanung geht nur, indem wir beachten, was die Menschen, die pflegen, und die, die pflegebedürftig sind, brauchen. Das ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, und so werden wir dann auch bei der Neuausrichtung der Strategie verfahren.

Vorsitzender Christian Gräff: Herzlichen Dank! – Dann würden wir jetzt noch mal eine kleine Runde der Anzuhörenden machen. Ich weiß, Sie haben gerade ganz viele Fragen gestellt bekommen. Dennoch wäre es schön, wenn Sie ein bisschen auf die Zeit achten könnten. Wir haben die Vorgabe des Hauses, eine Lüftungspause vorzunehmen. – In umgekehrter Reihenfolge bitte ich Frau Rick, kurz auf die Fragen einzugehen, die Ihnen gestellt wurden.

Mara Rick („Pflege in Not“): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Fragen! Es wurde nach der Repräsentanz von Young Carern im Rahmen des Landespflegeausschusses gefragt. Ich habe vorhin schon kurz etwas dazu gesagt: Bei Young Carern sprechen wir oft von Minderjährigen, was es schwierig macht, sich im Rahmen eines solchen Gremiums selbst zu vertreten, da die Geschäftsfähigkeit noch nicht da ist. Was dann noch zu dem hinzukommt, was Herr Springborn als pflegender Angehöriger mit, ich sage mal, leicht vorangeschrittenem Lebensalter berichtet hat, das ist, dass deren Fokus natürlich auf etwas ganz anderem liegt als auf strukturelle Veränderungen von Pflegeprozessen im Land Berlin. Das ist, wie ich vorhin geschildert habe, dem geschuldet, dass der Fokus in der Jugend, im jungen Erwachsenenalter auf sich selber liegt, was ja auch gut und richtig ist. Deswegen sehen wir im Rahmen unseres Projektes die Selbstvertretung der Young Carer im Rahmen des Landespflegeausschusses als schwierig an, aber zum Beispiel mit der Möglichkeit, Sachverständige anzuhören: Mit Mitarbeitenden aus unserem Projekt – wir haben auch im Rahmen des Projektes „echt unersetzlich“ einen Beirat von Young Carern bzw. ehemaligen Young Carern, die unser Projekt und unsere Projektarbeit begleiten. Von denen bekommen wir – neben der Beratungsarbeit, die wir leisten – die Informationen, die Sorgen und Nöte sozusagen aus erster Hand. Das wäre etwas, was wir als Projekt „echt unersetzlich“ da auf jeden Fall miteinbringen können.

Wir vom Projekt „echt unersetzlich“ und „Pflege in Not“ wurden angefragt – auch die Fachstelle für pflegende Angehörige, die auch bei dem Träger, dem Diakonischen Werk, angegliedert ist – und um Stellungnahme gebeten. Die haben wir auch abgegeben, also wir haben uns mit unserem Träger – die Pflegeprojekte, die unter dem Dach unseres Trägers sind – an dem Verfahren beteiligt. Wir begrüßen auf jeden Fall auch die prinzipielle Neuausrichtung, und wenn jetzt noch an ein paar Stellen nachgeschärft wird – umso besser!

Es wurde angesprochen, wie die Zusammenarbeit mit Schulen aussieht, weil die Schule der Ort ist, wo sie alle sind. Statistisch gesehen gibt es ein bis zwei Young Carer pro Schulklasse. Das ist eine nicht unerhebliche Anzahl. Eine Lehrkraft hat also über den Tag zehn Young Carer vor sich, plus/minus. Lehrkräfte wissen aber in aller Regel nichts von Young Carern, denen ist die Zielgruppe, die Problematik überhaupt nicht bekannt. Deswegen sind wir mit unserem Projekt, auch gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Pflege, schon länger in Kontakt mit der Bildungsverwaltung. Dieser Prozess gestaltet sich ein bisschen länger, als wir es uns erhofft hätten. Er ist jetzt gerade wieder dabei, Fahrt aufzunehmen. Wir hoffen, dass wir über die Schulen besser an die Zielgruppe herankommen, weil es sehr schwierig ist, Young Carer anzusprechen. Wenn wir groß plakatieren würden „Young Carer, pflegende junge Angehörige, meldet euch bei uns!“ – würde sie sich nicht angesprochen fühlen. Da kann man sich die Plakatfläche schenken.

Der letzte Aspekt mit den pflegenden An- und Zugehörigen: Die Diversität ist auch ein Punkt bei Young Carern. Oft sind es Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene aus der Familie, die ihre Geschwisterkinder, ihre Eltern, ihre Großeltern pflegen und versorgen. Aber es gibt eine ganz unterschiedliche Zusammensetzung, wer da wen pflegt und wer sonst noch alles involviert ist. Da gilt es, den Blick weit zu fassen. Das sehen wir auch in unserer Beratungsarbeit bei „Pflege in Not“. Es ist auf jeden Fall sehr sinnvoll, das nicht nur auf die pflegende Tochter, auf die pflegende Partnerin, den pflegenden Partner zu beziehen. Gerade im Land Berlin mit den Einpersonenhaushalten im höheren Lebensalter ist die Gruppe der pflegenden An- und Zugehörigen sehr heterogen.

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank! – Dann Frau Kemnitz bitte schön!

Sonja Kemnitz (wir pflegen e. V.): Es gab mehrere Fragen, ich greife nur zwei heraus. Ich sage gerne noch mal etwas zum Verein wir pflegen. Wir sind eine wirkliche Selbstorganisation. Bei uns kann man nicht in den Vorstand kommen, wenn man nicht selber pflegende Person gewesen ist bzw. noch immer ist. Ich war bis Jahresende auch berufstätig, bin jetzt Rentnerin, hatte in der Zeit der Berufstätigkeit, ehrlich gesagt, auch keine Zeit, mich großartig zu engagieren, außer über digitale Formate. Ich habe aber jetzt mehr Zeit und kann demzufolge auch etwas daraus machen.

Der zweite Punkt: Wir haben inzwischen vier Landesverbände, ein fünfter ist, glaube ich, gerade im Entstehen. Zudem haben wir einen Bundesverband, der, soviel ich weiß, aus Mitteln der AOK gefördert wird. Wir sind nicht so viele Leute, aber wir sind kompetent. Ich will einfach noch mal darauf aufmerksam machen, dass es nicht um die Zahlen geht. Wenn man sich anschaut, was andere Sozialverbände zum Thema häusliche Pflege und pflegende Angehörige, Zugehörige und Ehrenamtliche zu sagen haben – da sind wir wesentlich umfangreicher. Ich nenne einige Sachen. Es gibt ein umfangreiches Positionspapier von wir pflegen e. V. zur Bundestagswahl 2021, das in Debatten vielfach aufgegriffen worden ist. Das nicht nur, weil es so schön geschrieben ist, sondern weil wir die besondere Perspektive einbringen, von der ich gesprochen habe. Wir haben jetzt aktualisiert, in Auswertung der Coronapandemie, zwei Papiere gebracht; das eine lautet „Mehr Pflege wagen“, betrifft also auch die Bundesebene, zudem haben wir ein Positionspapier der pflegenden Eltern entwickelt, also Eltern, die schwerbehinderte oder im Laufe der Kindheit zu pflegende Kinder betreuen, Menschen also, die aus dieser Pflegesituation eigentlich niemals wieder herauskommen. Dritter Punkt: Wir haben inzwischen auch ein Vernetzungspotenzial, was man so einer kleinen Truppe von Verrückten wahrscheinlich gar nicht zutraut. Wir haben ein Mandat im Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Wir arbeiten im Berliner Bündnis „Gegen Gewalt in der Pflege“ mit. Wir vernetzen uns mit anderen Initiativen und nutzen dafür inzwischen digitale Formate. Es gibt regelmäßige digitale Cafés, in denen sich die Mitglieder auch über die einzelnen Landesgrenzen hinaus mit Sachthemen beschäftigen, aus denen dann unsere Positionspapiere entstehen. Also, langer Rede kurzer Sinn: Wir können gerade in der häuslichen Pflege, gerade weil es so viele individuelle Fälle gibt, nicht mit Tonnenideologie argumentieren, wenn es um die Möglichkeiten und Erfordernisse von Beteiligung geht.

Letzter Punkt: Es geht nicht darum, die Sozialverbände irgendwie rauszunehmen aus der Debatte. Die haben ein ganz anderes Pfund. Die können mit ihren Verbandsmitteln und mit wissenschaftlicher Expertise Positionen entwickeln. Wir können Positionen mit unserer Alltagserfahrung und der Komplexität dessen, was wir erleben, entwickeln. Wir erleben nämlich

sowohl die Bürokratie, als auch die fehlenden Angebote, als auch den Sinn oder Unsinn von nicht stattfindender Pflegeberatung, als auch das, was uns finanziell immer mehr Sorgen macht, dass wir eigentlich immer mehr zum Lückenbüßer für nicht gelöste Fragen in der Pflegepolitik werden. Es geht, wenn die pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss sitzen, darum, dass die Perspektive von unten nach oben gedacht wird und nicht immer nur von oben nach unten. – Wir sind übrigens 400 Mitglieder auf Bundesebene.

Allerletzter Punkt, dann höre ich wirklich auf: Die entscheidende Frage ist doch aber, dass der Landespflegeausschuss sozusagen die Strategie in Berlin macht, denke ich mal: Strukturplanung, Bedarfsplanung, Bedarfseinschätzung. Ich finde, da gehören wirklich alle Gruppen hin. Und die Frage ist berechtigt: Wie kann man die pflegenden Angehörigen koordinieren, oder wie kann man eine Repräsentanz sichern? – Darüber muss man sicherlich diskutieren. Vielleicht macht einer der Vereine oder der VdK oder wir oder wer auch immer ein Angebot, um so eine Art Beirat zu bilden, der über diese Frage diskutiert. Es ist schon wichtig: Die Pflegesituationen sind sehr unterschiedlich, wir kommen aber aus dieser Schwierigkeit nicht heraus, wenn jeder nun seine spezielle Perspektive alleine einbringt. Vielmehr müssen wir einen Modus Vivendi finden, der für die häusliche Pflegesituation im familiären Bereich sprechen kann, und dafür alle Ressourcen nutzen, die schon da sind. Es sind ja ganz viele Ressourcen vorhanden, die kennen sich nur untereinander nicht, die machen nichts miteinander. Jeder kämpft für sich alleine, und jeder bleibt damit für sich alleine ohne Wirkung. Davon müssen wir weg.

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank, Frau Kemnitz! – Dann möchte ich jetzt Frau Kaeks um ihr Statement bitten.

Anne Kaeks (AOK Pflege Akademie) [zugeschaltet]: Ich komme zu der Frage, wie viele individuellen Schulungen es gab. Es gab 1 335 Schulungen, mit denen 1 462 pflegende An- und Zugehörige seit 2016 erreicht wurden. Spezialisierte Angebote gibt es insgesamt acht, welche ich jetzt nicht unbedingt alle aufführe, aber es gibt individuelle Schulungen zum Thema Abschied nehmen, Schluckstörungen, gezielte Angebote für Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit Traglinge e. V. und auch Kurse für Eltern. Bisher haben wir 97 Schulungen durchgeführt und 900 Teilnehmer erreicht.

Zu der Frage, welche präventiven Angebote es gibt: Es gibt die Möglichkeit, eine stationäre Vorsorge zusammen mit dem Pflegebedürftigen wahrzunehmen. Das ist bei uns in einem speziellen Projekt organisiert und Interessierten zugänglich.

Zu der Frage nach den verschiedenen Zielgruppen kann ich Ihnen sagen, dass wir 122 Teilnehmer – also Eltern – in 16 Kursen für pflegende Eltern erreicht haben. Bei den Geschwisterkindern, also den Young Carern zwischen fünf und zwölf Jahren, waren es in drei Kursen 44 Teilnehmer. Auch dort denken wir weiter, dass wir für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren ein neues Angebot schaffen.

Die AOK Pflege Akademie gibt auch Onlinekurse für pflegende Angehörige, unabhängig von ihrer Kasse, aus; bisher waren es 1 500 Onlinekurse. – Soweit dazu. Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank! – Herr Springborn, jetzt haben Sie das Wort! Sehr viele Fragen richteten sich an Sie.

Jochen Springborn (Pfleger Angehöriger) [zugeschaltet]: Ja, ich bin mir nicht sicher, ob ich sie mir alle richtig mitgeschrieben habe. Ich werde versuchen, auf den einen oder anderen Punkt zu antworten, von dem ich denke, dass ich etwas dazu beitragen kann.

Herr Düsterhöft hatte die Frage nach professioneller Supervision gestellt. Das ist mir nicht bekannt, dass es so etwas für pflegende Angehörige generell gibt. Ich bin in der glücklichen Lage, dass mein Arbeitgeber mir so etwas ermöglicht, aber das ist wirklich ein ausgenommener Einzelfall.

Herr Bauschke hatte nach Pflegekursen gefragt. Soweit ich weiß, gibt es genug. Es gibt auch genug spezielle Pflegekurse. Das Problem ist nur: Ich muss mich wieder selbst auf die Suche begeben, um ein passendes Angebot für mich zu finden. Ich muss die Zeit dafür finden, ich muss das Geld haben, um in der Zeit Pflege einkaufen zu können, um in Ruhe dort hinzugehen.

Herr Gräff! Sie hatten die Vergütung des Pflegepersonals angesprochen. Mir ist nicht ganz klar, was Sie da genau interessiert.

Christian Gräff (CDU): Ich kann jetzt der Fairness halber nicht darauf eingehen, sonst könnten alle Kollegen auch noch mal nachlegen. Alles gut!

Jochen Springborn (Pfleger Angehöriger) [zugeschaltet]: Okay, gut. Es ist einfach so, dass das Pflegepersonal im Prinzip jedes Jahr besser bezahlt wird, die Kosten aber letztendlich bei uns hängen bleiben, weil die Pflegekasse einfach nicht mehr rausrückt an der Stelle. Das ist das Problem.

Wir haben mit unserem ambulanten Pflegedienst bisher keine großen Probleme. Es kommt sicherlich ab und zu mal dazu, dass ein Dienst ausfällt oder nicht so erfolgt, wie wir es möchten, ich weiß aber aus Gesprächen im Bekanntenkreis mit anderen pflegenden Angehörigen, dass es im Moment ganz große Probleme gibt, überhaupt einen Pflegedienst zu finden oder auch nur einen Pflegedienst zu finden, der diesen alle sechs Monate notwendigen Beratungsbesuch macht, damit die Pflegeleistung weitergezahlt wird. Selbst das ist in vielen Bereichen in Berlin im Moment schwierig, dafür überhaupt noch jemanden zu finden. Das ist ein ganz großes Problem.

Wenn es um meine eigene Mitarbeit geht: Prinzipiell kann ich mir das sehr gut vorstellen. Es würde mich auch sehr interessieren, es ist aber schlichtweg ein Zeitproblem für mich, egal in welcher Größenordnung, auch egal, in welchem Beteiligungsformat. Ich wüsste im Moment wirklich nicht, wo ich die Zeit für so etwas hernehmen soll, es sei denn, mein Arbeitgeber ist so nett und stellt mich dafür frei. Das wird er aber auf Dauer auch nicht tun können, denn meine Arbeit macht ja in der Zeit keiner.

Dann kam noch die Frage zu Leistungen, die nicht abgerufen werden. Ja, das ist so, ob es nun die Kurzzeitpflege oder Verhinderungspflege, Tagespflege oder Nachtpflege ist. Wir nutzen nur die Verhinderungspflege. Alle anderen Dinge sind für uns aufgrund der Behinderung meiner Frau und der Art der Angebote nicht einsetzbar, und deswegen verfallen diese Gelder schlichtweg. An der Stelle wäre es wirklich sinnvoll, wenn man diese vielen verschiedenen

Leistungen in einem Topf bündeln würde und sie, je nachdem, welches Angebot für den zu Pflegenden sinnvoll und notwendig ist und vor Ort auch überhaupt angeboten wird, dann dafür eingesetzt werden können. Das wäre echt ein großer Fortschritt und würde vieles vereinfachen.

Dann kam die Frage zur proaktiven Beratung. Das Problem ist: Ich muss immer irgendwohin. Ich muss mich auf die Suche machen. Der Verwaltung oder dem Land ist aber ja genau bekannt, wer eine Pflegeeinstufung hat. Warum kann man nicht anhand dessen auf die Leute gezielt zugehen und sagen: Liebe Leute! Es gibt dieses und jenes Angebot, dazu könnte jemand zu Ihnen nach Hause kommen. Möchten Sie das? – Nein. Es sitzt jemand da und wartet, dass derjenige auf die Idee kommt, zu fragen. Ich habe gerade gestern im Bekanntenkreis den Fall gehabt, dass jemand sagte: Ich weiß nicht weiter in der Pflege. Was mache ich jetzt? – Ich habe gesagt: Ist ganz einfach, den Pflegestützpunkt anrufen! – Ach, so etwas gibt es? – Es gibt ein ganz großes Informationsdefizit. Dadurch, dass die Personen und Adressen bekannt sind, frage ich mich, warum man die nicht ganz gezielt ansprechen und die Informationen ganz gezielt dorthin liefern kann, wo sie gebraucht werden. Warum muss ich im Internet danach suchen? Ich kann das machen, aber wenn Sie einen 80-, 90-jährigen zu Pflegenden haben, können Sie nicht mehr erwarten, dass der sich auf die Suche begibt. Das ist das große Problem.

Zu der Frage mit den jungen Pflegenden: Ich arbeite bei einem privaten Schulträger. Da stellt sich mir sofort die Frage: Sind die Angebote und Beratungsmöglichkeiten, die es dafür gibt, jedem Schulsozialarbeiter bekannt? – Das glaube ich nicht. Gibt es dafür innerhalb der Bildungsverwaltung entsprechende Fortbildungsangebote für Vertrauenslehrer? Das wäre doch auch mal ein interessanter Ansatz, um an die Kinder heranzukommen, denn: Über die Schule ist das wirklich am einfachsten. Nach meiner Erfahrung ist in vielen Schulen bekannt, welches Kind sich mit der Pflege von Angehörigen beschäftigt. Darüber kann man, denke ich, durchaus nachdenken. Da ist noch ganz viel Luft nach oben. – So weit von meiner Seite.

Vorsitzender Christian Gräff: Ich bedanke mich ganz herzlich auch bei Ihnen. Vielen Dank, dass Sie so lange ausgeharrt und sich die Zeit genommen haben, auch an Ihren Arbeitgeber! – Ihnen allen Dank für die sehr eindrücklichen Beiträge zu dem Tagesordnungspunkt! – Ach so, Entschuldigung! Es ist heute irgendwie nicht mein Tag. – Bitte schön, Frau Buchholtz-Gorke!

Anke Buchholtz-Gorke (SELKO e. V) [zugeschaltet]: Vielen Dank für das Wort, Herr Vorsitzender! Ich versuche auch, mich recht kurzzufassen, ich weiß, die Zeit ist sehr fortgeschritten. – Zunächst zu der Frage der Beteiligung: Wie können pflegende Angehörige über SELKO im LPA beteiligt werden? – Es ist ja so, SELKO ist der Verein zur Förderung von Selbsthilfekontaktstellen und der Dachverband der Kontaktstellen PflegeEngagement. Wir vertreten die fachlichen Anliegen und Interessen des Bereichs, der professionellen Engagementförderung und der Selbsthilfeunterstützung in Berlin. Die Kontaktstellen PflegeEngagement haben den Schwerpunkt der Unterstützung des pflegeflankierenden Ehrenamtes und der Selbsthilfe rund um die häusliche Pflege, und das KPU, das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung, begleitet diese.

Ich möchte deutlich machen, dass es durchaus verschiedene Formate gibt. Für uns sind verschiedene Formate denkbar, als SELKO den Anliegen der pflegenden Angehörigen Gehör zu verschaffen. Die Kontaktstellen PflegeEngagement sind, wie schon ausgeführt, in den Bezir-

ken nahe dran an den Pflegenden. Sie sind die Kristallisationsorte für pflegende Angehörige. Die Mitarbeitenden dort informieren gerade zu Beginn oder im Vorfeld oder eben auch bei eingetretener Pflegesituation sehr eindringlich in individuellen Gesprächen über die Möglichkeiten der Entlastung im Rahmen der Pflegeselbsthilfe. Es ist natürlich so, das ist deutlich geworden, auch gerade in Ihren Beiträgen, Herr Springborn und Frau Kemnitz: die extreme Alltagsbelastung im Pflegealltag. Sie haben die Themen genau benannt, mit denen pflegende Angehörige in der Häuslichkeit zu kämpfen haben. Den Kontaktstellen PflegeEngagement geht es in der Regel darum, immer einen guten Weg zwischen Entlastung und Stärkung der Interessen pflegender Angehöriger zu wählen und Wege zu ebnen, dass die Interessen der Pflegenden gut gehört werden können. Also, langer Rede kurzer Sinn: Für uns sind verschiedene Formate denkbar. Entweder kann SELKO e. V. in Vertretung durch Kontaktstellen PflegeEngagement im LPA vertreten sein oder auch das KPU, oder entsprechend engagierten pflegenden Angehörigen würden wir gerne den Weg dorthin ebnen wollen.

Herr Düsterhöft! Sie hatten zum Thema professionelle Supervision für pflegende Angehörige nachgefragt. Da kann ich nur bestätigen, was Herr Springborn ausgeführt hat: So etwas gibt es in breiter Fläche nicht. Bei den Kontaktstellen PflegeEngagement kann ich an diesem Punkt nur hervorheben: Sie begleiten die Gruppen der Angehörigen in ihrer Arbeit und stehen für Gruppenkonflikte respektive schwierige Situationen auch pflegender Angehöriger zur Verfügung, können Informationen weitergeben respektive auch an weitere Einrichtungen zur Beratung und Entlastung in der Stadt vermitteln – „Pflege in Not“ zum Beispiel oder andere. Wir haben ja ein sehr breit aufgestelltes Unterstützungssystem hier in Berlin.

Die nächste Frage betraf die digitalen Fähigkeiten. Da stellen wir in den letzten zwei Jahren fest: Es ist unheimlich wichtig, dass gerade pflegende Angehörige, auch die älteren Jahrgänge, im Erwerb von digitalen Fähigkeiten gut befähigt werden. Uns wurde zum Beispiel in den Angeboten der Veranstaltungen deutlich, dass es ganz wichtig ist, dort persönlich und individuell die Pflegenden in der Nutzung von digitalen Techniken sowie in der Anleitung und Nutzung von Onlinemedien für Gruppentreffen und Kontaktaufnahmen zu beraten.

Es wurde gesagt, es gibt viel Unterstützung, aber es gibt zu wenig Informationen, die tatsächlich bei den Betroffenen, den pflegenden Angehörigen ankommen. Das stellen wir seit Jahren in unserer Arbeit fest. Es braucht eine gute Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, und wir erreichen noch längst nicht so viele Angehörige, wie es notwendig wäre. Da, denke ich, sind auch die bestehenden Strukturen gut nutzbar, wenn man überlegt, wo pflegende Angehörige überhaupt auftauchen, wenn die Pflegesituation beginnt, zum Beispiel in ärztlichen Behandlungszusammenhängen, in Krankenhäusern respektive bei den Sozialdiensten – das wurde schon angesprochen –, Apotheken, Sanitätshäusern. All das sind auch Einrichtungen, die Informationen und Öffentlichkeitsarbeit über die Entlastungs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige leisten können. – Soweit von mir. Ich hoffe, ich habe keine Fragen in der Kürze der Zeit vergessen zu beantworten.

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank auch an Sie! Ich bitte um Nachsicht! – An alle Anzuhörenden noch einmal ganz herzlichen Dank.

Ich hoffe, das hat Herr Kollege Düsterhöft auch gesagt, dass sich über das heutige Thema hinaus – Landespflegeausschuss – Veränderungen ergeben. Ich glaube, das eine oder andere, was zu Recht angesprochen wurde – ich glaube, Herr Springborn hat es auf den Punkt ge-

bracht –, ist Sache des Bundes bzw. da der Selbstverwaltung. Ich glaube, es ist extrem wichtig, dass es eine Pflegereform gibt, die all die Dinge und mehr, die Sie angesprochen haben, berücksichtigt, denn wir stehen vor einem, wie ich immer sage, ICE, der mit 250 Stundenkilometern auf eine Mauer zufährt, und ich habe den Eindruck, keiner tut was. Das ist die größte Herausforderung in diesem Land, glaube ich jedenfalls, und ich hoffe sehr, dass da etwas passiert. – Herzlichen Dank!

Wir vertagen den Tagesordnungspunkt, bis das Wortprotokoll vorliegt. Ich würde jetzt eine Lüftungspause bis 11.20 Uhr ansetzen. – Vielen Dank!

[Lüftungspause von 11.05 bis 11.24 Uhr]

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0093](#)
Stärkung der Kurzzeitpflege – Aktueller Stand und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) GesPflegGleich
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0091](#)
Drucksache 19/0346 GesPflegGleich
Die Berliner Pflege für die Zukunft vorbereiten!

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der AfD-Fraktion [0001](#)
Drucksache 19/0014 GesPflegGleich
Keine kostenpflichtigen Bürgertests für nicht Geimpfte!
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0002](#)
Drucksache 19/0016 GesPflegGleich
Mit effektiven Maßnahmen zurück zur Freiheit
- c) Antrag der Fraktion der FDP [0041](#)
Drucksache 19/0137 GesPflegGleich(f)
Den stationären Einzelhandel von der 2G-Regel befreien WiEnBe

- d) Antrag der AfD-Fraktion [0046](#)
Drucksache 19/0132
**3-G-Regelung im ÖPNV beenden! FFP2-
Maskenpflicht im ÖPNV aufheben!**
GesPflegGleich(f)
Mobil*
- e) Antrag der AfD-Fraktion [0047](#)
Drucksache 19/0149
**Rücknahme der Verkürzung des Genesenenstatus –
keine Alleingänge in der Corona-Pandemie!**
GesPflegGleich
- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin [0062](#)
Drucksache 19/0158
**Zweite Verordnung zur Änderung der Vierten
Pflegemaßnahmen-Covid-19-Verordnung
VO Nr. 19/053**
GesPflegGleich
- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des [0063](#)
Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0178
**Sechste Verordnung zur Änderung der Vierten
SARS-CoV-2-
Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/054**
GesPflegGleich
- h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 des [0064](#)
Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0184
**Dritte Verordnung zur Änderung der Dritten
Krankenhaus-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/055**
GesPflegGleich
- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin [0067](#)
Drucksache 19/0198
**Neunte Verordnung zur Änderung der Zweiten
Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/056**
GesPflegGleich
BildJugFam

- j) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0221
**Siebte Verordnung zur Änderung der Vierten SARS-CoV-2- Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/059**
- [0070](#)
GesPflegGleich
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0236
**Zehnte Verordnung zur Änderung der Zweiten Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/062**
- [0074](#)
GesPflegGleich
BildJugFam
- l) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0237
**Achte Verordnung zur Änderung der Vierten SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/063**
- [0075](#)
GesPflegGleich
- m) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0255
**Dritte Verordnung zur Änderung der Vierten Pflegemaßnahmen-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/064**
- [0076](#)
GesPflegGleich
- n) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0256
**Elfte Verordnung zur Änderung der Zweiten Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/065**
- [0077](#)
GesPflegGleich
BildJugFam
- o) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0257
**Neunte Verordnung zur Änderung der Vierten SARS-CoV-2- Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/066**
- [0078](#)
GesPflegGleich

- p) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0258
**Vierte Verordnung zur Änderung der Vierten Pflegemaßnahmen-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/067** [0079](#)
GesPflGleich
- q) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0259
**Vierte Verordnung zur Änderung der Dritten Krankenhaus-Covid-19-Verordnung
VO-Nr. 19/068** [0080](#)
GesPflGleich
- r) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0281
**Verordnung über Basismaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (SARS-CoV-2-Basisschutzmaßnahmenverordnung – BaSchMV)
VO-Nr. 19/071** [0083](#)
GesPflGleich
- s) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0311
**Erste Verordnung zur Änderung SARS-CoV-2-Basisschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/073** [0088](#)
GesPflGleich
- t) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0336
**Zweite Verordnung zur Änderung SARS-CoV-2-Basisschutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/075** [0089](#)
GesPflGleich

- u) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0383
**Dritte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Basischutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/078**
- [0095](#)
GesPflGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.